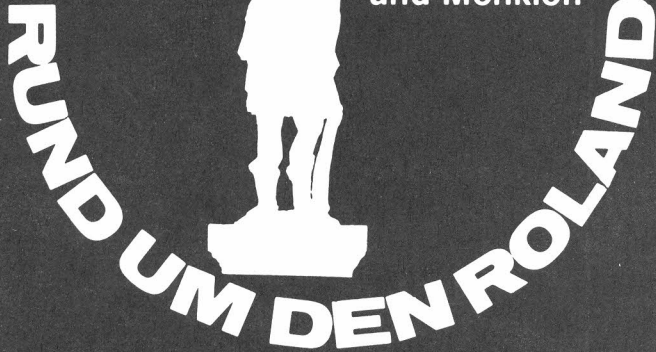


SPD-Information

für
Bad Bramstedt,
Bimöhlen,
Hitzhusen,
Weddelbrook
und Mönkloh



Wir trauern um unser ältestes Mitglied

Carl Demelt

Juli 1884

August 1977

Im nächsten Jahr hätte er unser Partei 60 Jahre lang angehört. Er hat in den schwersten Zeiten zu seiner Partei und der sozialdemokratischen Idee gestanden.

Kurz vor seinem Tode wurde sein Lebensabend gestört. Auf Beschluß der Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung mußte auch er das städtische Altersheim verlassen. Wenig später erkrankte er und verstarb.

Sein Tod soll uns Mahnung sein

Bürgerzeitung der SPD

Nr.3

2.Jahrgang

November/Dezember 1977

Flughafen vor Gericht Der Protest gegen den Bau nimmt Formen an

Bad Bramstedt. Die Stadt Bad Bramstedt erhebt Klage gegen den Planfeststellungsbeschluß zum Flughafen Hamburg-Kaltenkirchen. Damit findet die SPD-Meinung zum Bau dieses Projektes Niederschlag in der städtischen Beschlußfassung. Bereits in unserer letzten Ausgabe hatten wir ausführlich über einige Bedenken zum Bau berichtet. Doch seitdem hat sich einiges getan, so daß wir erneut auf dieses für die Zukunft unserer Stadt so entscheidende Thema eingehen.

Nicht nur die Stadt Bad Bramstedt auch andere Städte und Gemeinden haben den Termin 17. November genutzt und Klage eingereicht. Ebenso haben sehr viele Bürger aus den betroffenen Gebieten den Weg vor die Gerichte gewählt, um ihre Ansprüche zu sichern.

F.D.P. und CDU für Flughafen

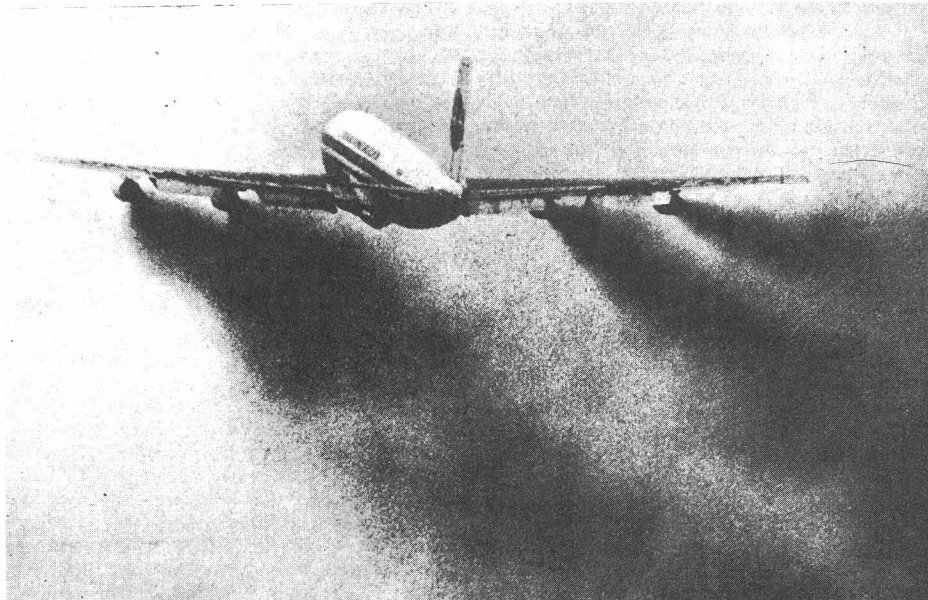
Am 3. November konnte man in den „Bramstedter Nachrichten“ die Meinung des F.D.P.- und des CDU-Vorsitzenden unseres Ortes zum Thema Flughafen nachlesen.

Dabei fiel auf, daß die F.D.P. zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal wußte, daß der Planfeststellungsbeschluß schon gefaßt ist.

Der CDU-Vorsitzende äußerte sinngemäß, daß viele Forderungen der Stadt Bad Bramstedt und anderer Einwander berücksichtigt worden seien.

Damit mag er recht haben, doch tastet das die Aussagen zum Lärm in unserer letzten Ausgabe in keiner Weise an. Der SPD-Vorsitzende und Ingenieur Gerhard Binz war bei seinen Berechnungen von vornherein davon ausgegangen, daß die Nebensartbahnen nicht gebaut werden und daß nur die kürzeren Hauptstartbahnen verwirklicht werden. Völlig unbeantwortet lassen F.D.P. und CDU die Frage, wie Bad Bramstedt als Kurort mit dem Flughafen leben soll. Selbst wenn Schallschutz am Kurhaus und den Pensionen bezahlt würde, bleiben die Außenanlagen dem Lärm ausgesetzt. Auch scheinen diese Parteien nicht zu berücksichtigen, daß in den schallgeschützten Räumen keine Fenster geöffnet werden können und somit klimatisiert werden müßten (Wer trägt die Kosten?).

Fortsetzung auf Seite 2



HITZHUSEN

Ideen - von wem ?

Hitzhusen. Hitzhusen - eine aktive Gemeinschaft Ideen. Unter dieser Überschrift konnte man kürzlich in dem CDU-Blatt „Standpunkte“ eine Selbstdarstellung der CDU-Hitzhusen finden.

Die Aufzählung der angeblich von der CDU in den letzten vier Jahren vollbrachten Leistungen lassen Kenner der Hitzhusener Szene schmunzeln.

Hinsichtlich der Abgaben wegen Änderung der Gemeindeverhältnisse hatte die SPD-Hitzhusen schon vor der entscheidenden Gemeindevertreterversammlung keinen Zweifel daran gelassen, daß sie für die Rückzahlung dieser Abgabe stimmen würde. Hatte die SPD doch schon 1970 gegen die Erhebung dieser Abgaben votiert. („Rund um den Roland“ berichtete in der letzten Ausgabe ausführlich darüber.)

Der Kinderspielplatz hätte ein Jahr früher fertig sein können, wenn sich die CDU nicht so erfolgreich als Bremser betätigt hätte.

Die Bürgerfragestunde wurde schon 1970 auf Antrag der SPD eingeführt, schloß dann allerdings mangels öffentlichen Interesses wieder ein.

Im übrigen bestand die CDU-Politik in Hitzhusen eine zeitlang fast nur aus Konfrontation um jeden Preis. Das führte öfters zu einem sehr unerfreulichen Klima in der Gemeindevertretung.

Persönliche Angriffe zwischen dem Bürgermeister und Herrn Dr. Kruse waren keine Seltenheit.

Gerechtigkeitshalber sei jedoch gesagt, daß sich diese Atmosphäre in den letzten Wochen und Monaten gebessert hat und die Diskussionen sachlicher geführt werden.

In dieser Ausgabe:

Seite 2: Wir stellen vor

Flughafen (Forts.)

Linksabbieger

Kreistagskandidaten

Seite 3: SPD-Kandidaten für Hitzhusen

Sportförderung

Stichwort: Bürgernähe

Seite 4: Bewirkt Vertraulichkeit Vertrauen ?

SPD in Bad Bevensen

Impressum

Einem Teil dieser Ausgabe liegt ein Fragebogen zum Thema Kinderspielplatz Bob n de Lieth/ Maienbaß bei.

Wir stellen vor:

Sie kennen sie sicherlich alle, die einzige Frau unter achtzehn Männern in unserer Stadtverordnetenversammlung: **Ingrid Lehnert**.

Frau Lehnert wurde 1927 in Oldenburg i.O. geboren und wuchs mit drei Geschwistern auf der Insel Wangerooge, in Wilhelmshaven und Johannisburg/Ostpr. auf.

Nach der mittleren Reife absolvierte sie ihr Pflichtjahr in Heidmühlen. Anschließend machte sie eine Ausbildung als Verwaltungsangestellte mit und wurde als Sekretärin tätig.

Heute ist die Mutter zweier erwachsener Kinder nur noch aushilfsweise berufstätig.

Seit 1970 ist sie Mitglied des Bramstedter Ortsvereins der SPD und war zunächst als bürgerliches Mitglied im Sozialausschuß tätig. Nach der Kommunalwahl 1974 zog sie als einzige (und seit langem auch wieder erste) Frau in die Stadtverordnetenversammlung ein. Jetzt ist sie auch noch im Schulausschuß, der Schulverbandsvertretung und der Schulpflegschaft vertreten.

Ihr besonderes Bemühen hat immer den sozial Schwächeren gegolten. Ihr Einsatz galt der Betreuung älterer und alleinstehender Menschen und berufstätigen Müttern. Dieses Engagement hat sie bekannt gemacht und sehr häufig erhält sie Anrufe mit der Bitte um Hilfe und Unterstützung.



Neben der Politik betreibt sie weiterhin aktiv Sport. Nicht nur das sie täglich im Freibad schwimmen geht, in den letzten vier Jahren machte sie alljährlich das goldene Sportabzeichen.

Außerdem spielt die frühere Handballerin heute noch Faust-, Prell- und Volleyball.

Wie es bis jetzt aussieht, wird Ingrid Lehnert auch in den kommenden vier Jahren einzige Frau im Stadtparlament bleiben, denn die anderen Parteien haben keine Frau in aussichtsreicher Position nominiert.

In Kürze:

Grün, grün, grün. Am Liethberg sind zu unserer Freude zwischen dem Fuhlendorfer Weg und der Einmündung des Kieler Berges Bäume angepflanzt worden. Nur weiter so!

Die **Kunst für Kinder** am Freibad, auf die wir in unserer letzten Ausgabe hingewiesen haben, läßt noch auf sich warten. Der von uns angesprochene Entwurf soll aus Kostengründen nicht verwirklicht werden.

Unsere Umfrage zum Thema **Sozialstation** hatte Erfolg. Von den Einsendern erklärten sich einige bereit, aktiv bei dem Betrieb mitzuhelfen.

Im **Jugendzentrum** ist der Bodenausbau fertiggestellt worden. Damit sind die größten Raumnotwendigkeiten zum nächstmal beseitigt.

Die **Altentagesstätte** im Schloß erfreut sich nach zwei Monaten Betrieb wachsender Beliebtheit. Im Durchschnitt kommen über 40 ältere Mitbürger, um ihre Freizeit gemeinsam zu verbringen.

Der Westteil der **Rosenstraße** strebt seiner Fertigstellung entgegen. Damit ist ein weiteres „Holperpflaster“ in Bad Bramstedt beseitigt.



Kreistagskandidaten der SPD

Reinhold Rath Helmut Brüggmann

Bad Bramstedt/Wahlstedt. Auf der Kreiswahldelegiertenversammlung am letzten Wochenende in Wahlstedt wurden die beiden Bramstedter Kommunalpolitiker Reinhold Rath und Helmut Brüggmann als Kreistagskandidaten der SPD aufgestellt. Reinhold Rath wird in dem Wahlbezirk Bad Bramstedt-Stadt antreten und Helmut Brüggmann für die Gemeinden Bad Bramstedt-Land.

Beim Aufstellen der Liste für die Kreistagswahl konnte Reinhold Rath den (sicheren) Listenplatz 12 erringen. Damit wird er aller Wahrscheinlichkeit nach in den kommenden vier Jahren Bad Bramstedt im Kreistag vertreten können.

Helmut Brüggmann wurde auf den Listenplatz 24 gewählt.

Die Bramstedter SPD-Kandidaten stellen sich also direkt der Wahl durch die Bürger, im Gegensatz zum Bramstedter CDU-Vorsitzenden, der sich nur auf der Liste der CDU aufstellen ließ. Die SPD hält es jedoch für erforderlich, daß sich die Kandidaten, die eine „sicheren“ Listenplatz haben direkt dem Votum der Bürger stellen.

Flughafen

Heilbad per Flugzeug

Beinahe ein Witz ist doch, daß Bad Bramstedt vor wenigen Wochen wieder als staatliches Heilbad anerkannt wurde (nachdem man diese Anerkennung vor einigen Jahren wegen eines Verwaltungsfehlers verloren hatte).

Was will die Landesregierung, die sowohl für den Bau des Flughafens als auch für die Anerkennung zum Heilbad verantwortlich ist, mit diesem Schritt bewirken? Ausschließen kann man wohl, daß das anerkennende Ministerium vom Flughafen nichts gewußt hat. Andererseits hätte Bad Bramstedt mit seiner Klage schlechtere Chancen, wenn es kein Heilbad wäre. Was soll also das Ganze?

Will man den Bau seitens der Landesregierung auf der einen Seite genehmigen und auf der anderen Seite über die Gerichte zu Fall bringen lassen (nach dem Motto: die Gerichte bringen unsere Zukunftsplanung durcheinander) oder ist die Anerkennung als Heilbad das Zuckerbrot und der Flughafen die Peitsche.

Diese Fragen lassen sich heute noch nicht beantworten. Fest steht nur, daß Bad Bramstedt in einem förmlichen Verfahren (mit der Voraussetzung: der Flughafen wird gebaut) wohl kaum wieder Heilbad geworden wäre.

5000 Arbeitsplätze

Den besten Salto mit halber Schraube und wendenden Füßen leistete sich in den letzten Wochen der CDU-Landtagsabgeordnete Rainer-Ute

Linksabbieger

Bad Bramstedt. Linksabbieger leben nicht ungefährlich in Bad Bramstedt. An den beiden Kreuzungen B 4/Glückstädter Straße-Mühlenstraße und B 4/Landweg-Maienebeck kommt es manchmal mit Ortsunkundigen zu gefährlichen Begegnungen.

An beiden Kreuzungen ist das „amerikanische“ Abbiegen (also das Aneinandervorbeifahren nicht das Umeinanderherumfahren) üblich. Während diese Regelung des Abbiegens für die Fahrer auf der B 4 bzw. B 206 durch die Fahrbahnmarkierung eindeutig erkennbar ist, fehlt für Fahrzeuge aus den Straßen Landweg, Maienebeck, Glückstädter Straße und Mühlenstraße jeglicher Hinweis.

Hier sollte durch die Anbringung von Schildern Abhilfe geschaffen werden. Unseres Wissens ist es sogar strafbar „amerikanisch“ abzubiegen, wenn dies nicht ausdrücklich erlaubt ist.



Bramstedter Bürger 1990??

Harms. Harms, der selbst Vorstandsmitglied einer Bürgerinitiative gegen den Bau ist, überschlug sich in Fortschrittsgläubigkeit. Die blühende Wirtschaft und 5000 Arbeitsplätze werde der Flughafen bringen.

Abgesehen von diesen politischen Seiltänzen bleibt die Aussage auch für Bad Bramstedt zu untersuchen. Dabei ist zunächst einmal festzustellen, daß die Zahl 5000 selbst zu bezweifeln ist. Auch beim Pariser Flughafen Orly prophezeite man den umliegenden Orten große Chancen, die sich recht bald als Luftblasen erwiesen.

Dennoch: Gehen wir einmal von 4000 Arbeitsplätzen aus, die durch den Flughafen bereitgestellt werden. Sagen wir weiter, und das ist sicherlich günstig gerechnet, daß Bad Bramstedt davon 1000 abbekommt.

Die Gegenrechnung sieht folgendermaßen aus: In Bad Bramstedt sind laut Stadtverwaltung etwas über 3000 Personen erwerbstätig. Laut Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts Wibera sind etwa 1/3 der Arbeitsplätze von der Rheumaklinik und dem Kurbetrieb abhängig. Das sind etwa 1000 Arbeitsplätze.

Macht man jetzt die (pessimistische?, realistische?) Annahme, daß mit dem Flughafen der Kurbetrieb aufgegeben werden muß, dann haben wir keinen Zugewinn an Arbeitsplätzen.

Heißt das nun, daß der Flughafen nur Lärm und Schmutz bringt und keine Arbeitsplätze?

Das heißt es nicht unbedingt, - aber: Lärm und Schmutz (siehe Titelfoto) bringt er garantiert, Arbeitsplätze bringt er sicherlich auch. Ob aber diese neuen Arbeitsplätze auch zusätzliche sein werden, das ist die große Frage.

SPD-Kandidaten für Hitzhusen



v.l.n.r.: Jürgen Kurth, Jochen Todt, Gerhard Rieche, Barbara Hermann, Gerold Möhle und Alfred Willhöft.

Wasser

Hitzhusen. In Zusammenhang mit der von der Gemeinde Hitzhusen geplanten zentralen Abwasserbeseitigung wurde dem Ingenieurbüro Jürgen & Klütz der Auftrag zur Vorplanung einer zentralen Wasserversorgung erteilt. Die Gemeinde möchte nach Möglichkeit beide Maßnahmen in einem Arbeitsgang durchführen, um unnötige Kosten zu vermeiden. Einige Wohnviertel Hitzhusens sind bereits an das Leitungswassernetz der Stadt Bad Bramstedt angeschlossen.

Laternenumzug

Hitzhusen. Zur nächsten Gemeindevertretersitzung hat die SPD-Hitzhusen folgenden Antrag eingebracht: Die Kosten für den jährlichen Laternenumzug sollen von der Gemeinde übernommen werden.

Damit will die SPD erreichen, daß dieser Umzug, an dem alle Hitzhusener Freude haben, nicht aus der Kasse der Feuerwehr und des Sportvereins bezahlt werden.

Sportförderung

Bad Bramstedt. Bramstedts Sportler müssen auch weiterhin gefördert werden, das ist die übereinstimmende Meinung in der SPD dieses Ortes. Doch dies kann nicht vorbehaltlos und bedingungslos geschehen.

In den letzten Wochen lagen den städtischen Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung Anträge verschiedener Sportvereine unserer Stadt auf Bezuschussung vor. Die Bramstedter Turnerschaft beantragte Geld für die Herrichtung der Sportplätze auf dem Schäferberg, der Reitverein will eine Reithalle am alten Waldbad bauen, der Schützenverein wünschte Mittel für einen Pistolenschießstand, und die Tennisvereinigung bat um einen Kredit, um neue Plätze schaffen zu können.

Die Bramstedter SPD stimmte diesen Anträgen mit Ausnahme dem des Schützenvereins zu. Bei diesem Antrag war man in der SPD der

Ansicht, daß dieser Verein schon in der jüngeren Vergangenheit nicht unerhebliche Mittel erhalten habe. Auch erschien der Breitensportcharakter des Schießsports nicht unbedingt einsichtig.

Beim Reitverein und beim Tennisclub verband die SPD ihre Zustimmung mit der Auflage, daß die von dem Geld geschaffenen Anlagen auch der breiten Öffentlichkeit zu einem angemessenen Preis zur Verfügung stehen müssen.

Diese Auflage wird auch in Zukunft eine Bedingung der SPD sein. Es darf nicht sein, daß Steuermittel an Vereine gegeben werden, ohne daß der Bürger und Steuerzahler davon etwas hat. Die Öffnung der Sportanlagen für die Allgemeinheit ist ein erklärtes Ziel der SPD-Politik.

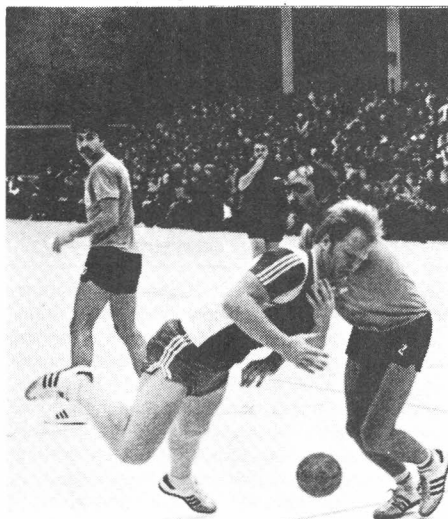
In den kommenden Jahren wird sich die SPD weiter um die Sportförderung kümmern.

Doch nicht nur die Förderung des Leistungs- und Freizeitsports ist wichtig, ebenso muß Sport auch für die Zuschauer eine gewisse Attraktivität besitzen.

Hier ist die Sporthalle am Schäferberg ein gutes Beispiel. Den zur Zeit größten Anklang finden wohl die Spiele der Oberliga-Mannschaft der BT-Handballer. Um auch den Zuschauern hier etwas mehr zu bieten, müßte man in nächster Zeit in der Halle eine kombinierte Zeit- und Ergebnisanzeige installieren.

Längerfristig ist eine solche Anlage auch am Rolandsportplatz zu wünschen.

Dieses alles kostet zwar nicht wenig, doch sollte die Erhaltung der Gesundheit und die Begeisterung der Zuschauer das Geld nicht wert sein?!



Stichwort: BÜRGERNÄHE

In den letzten Wochen geistert ein Schlagwort durch unsere regionale Presse: **Bürgernähe.**

F.D.P. und CDU sprachen sich dafür aus, mehr Bürgernähe in die Kommunalpolitik ihrer Parteien zu bringen. Das soll wohl heißen, daß die Politik im Interesse der Bürger und nicht daran vorbei gemacht werden soll.

Beschämend, daß man auf diesen „Dreh“ erst jetzt kommt und somit zugibt, in den letzten Jahren an den Interessen der Bürger vorbei gehandelt zu haben. (Wobei die CDU bei weiten Teilen ihrer Entscheidungen in der Vergangenheit sogar recht haben mag.)

Als besonderer „Knüller“ soll den Bürgern, also Ihnen, nun verkauft werden, daß Sie stärker an der Bauplanung beteiligt werden sollen.

Welch ein Fortschritt? Welch eine glorreiche Idee?

Richtig ist, daß **alle** Bürger bei der Bauplanung mehr beteiligt werden müssen. Doch das ist beim besten Willen keine neue Idee und auch kein großzügiges Demokratieverständnis dieser Parteien. Diese Beteiligung der Bürger ist durch das Bundesbaugesetz der SPD/F.D.P.-Koalition festgelegt. (Das Gesetz wurde übrigens gegen die Stimmen der CDU/CSU im Bundestag verabschiedet.) In dem Gesetz heißt es im § 2 a:

„Die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung ist zu ermöglichen. Die Gemeinde hat die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung öffentlich darzulegen. Sie hat allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. Öffentliche Darlegung und Anhörung sollen in geeigneter Weise und möglichst frühzeitig erfolgen. Dabei sollen auch die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung aufgezeigt werden.“

Dieses Gesetz also zwingt zum Neudenken. Es reicht nicht mehr, Bebauungspläne zu verabschieden und dem Bürger anschließend ein Einspruchsrecht einzuräumen (wie es noch örtliche Praxis ist.) Die Bürger müssen **frühzeitig** informiert werden. Das könnte beispielsweise so aussehen: Seitens der städtischen Gremien werden Grundvorstellungen entwickelt - Bürgerversammlungen zu dieser Planung finden statt - die städtischen Ausschüsse beraten erneut - wiederum eine Bürgerversammlung - Beschlußfassung des Planes durch die Stadtverordnetenversammlung.

So und auch anders ist eine angemessene, frühzeitige Bürgerbeteiligung möglich. (Einen Schritt in diese Richtung hatte die SPD bei der Bleekplanung unternommen.) Es reicht nicht, wie mancherorts geschehen, daß nur Spekulanten und Makler rechtzeitig informiert sind.

Doch beschränkt sich die Bürgerbeteiligung nicht nur auf Bebauungspläne, alle anderen Bereiche sind ebenso wichtig.

Hier soll nicht behauptet werden, daß sich gerade die SPD durch „Bürgernähe“ ausgezeichnet hat.

Das wäre zu einfach und in dieser Einfachheit auch falsch. Aber Tatsache ist, daß sich die SPD immer wieder für kleinere und machtlose Bevölkerungsgruppen eingesetzt hat (Altenagesstätte, Schließung des Altersheimes, Sozialstation, Jugendzentrum, Obdachlosenunterkünfte, Gastarbeiterberatung u.a.m.). Das Echo auf diese Initiativen der SPD hat gezeigt, daß sie im Interesse der Betroffenen waren. Man hat sozusagen gefühlsmäßig, intuitiv bürgernah (oder wie immer man das bezeichnen will) gehandelt.

Doch das ist auf die Dauer natürlich nicht genug. So hat die SPD mit dieser Zeitung, die Sie in Händen haben, versucht, einen Draht zwischen Bürgerinteressen und Kommunalpolitik zu schaffen. Dies ist zum Teil gelungen, aber es kann ruhig noch mehr werden.

Leserbriefe



an Jan-Uwe Schadendorf, Butendoor 11, 2357 Bad Bramstedt.

Bewirkt Vertraulichkeit Vertrauen ?

von Uwe Kersting. Nach einem Artikel des Schleswiger
Bürgermeisters Dr. Bodo Richter in der SPD-Zeitung „WIR“

Kommunalpolitik ist das, was jeden Bürger „hautnah“ betrifft. Dennoch: Die meisten Bürger sind an Kommunalpolitik nicht übermäßig interessiert.

Das Verhalten lokaler Behörden wird oft als geradezu bürgerfeindlich empfunden. Der gewählte Kommunalpolitiker steht vielfach in einem zweifelhaften Ruf: Viele Wähler halten ihn für anfällig für politische Machenschaften und Kungeleien hinter verschlossenen Türen.

Kommunale Ämter werden als „Pfründe“ betrachtet, Geschäft und öffentliches Mandat für untrennbar gehalten.

Dieses oft gehörte Urteil ist ungerecht. Es beruht auf einer unberechtigten Verallgemeinerung von Mißständen, die quer durch alle Parteien auf allen politischen Ebenen vorkommen.

Doch woher kommt der Unmut der Bürger

„Alles scheint ohnehin in den Ausschüssen entschieden“, - hier liegt der Schlüssel zur Begründung des Verlustes an Bürgernähe in der Kommunalpolitik. - (Hier in Bad Bramstedt könnte sogar gesagt werden: „Alles ist ohnehin in der Stadtverwaltung entschieden worden.“ - Erinnern wir uns doch noch alle an die Vorgänge um die Schließung des Altersheimes. Ehe die Stadtverordnetenversammlung

überhaupt davon hörte, war die Entscheidung in der Stadt „regierung“ schon gefallen.)

Der Bürger erfährt nichts über den Beratungshergang und die Motive, denn die Gemeindeordnung schreibt die Vertraulichkeit der Ausschusssitzungen vor. In der öffentlichen Sitzung des Gemeindeparlaments (-Stadtverordnetenversammlung) wird in der Regel nur die Beschlußempfehlung vorgetragen, selten der Entscheidungshintergrund.

Der interessierte Bürger ist auf Gerüchte angewiesen. Und diese Gerüchte schießen ins Kraut und schaden oft so der Gemeinde und dem Vertrauen in die gewählte Vertretung.

Raus aus der Vertraulichkeit der Sitzungen

Die Vertraulichkeit der Ausschusssitzungen soll angeblich eine sachbezogene und von der Öffentlichkeit unbeeinflusste Meinungsbildung ermöglichen. Aber gibt es nicht einen heilsameren Zwang zu sachbezogener kommunalpolitischer Argumentation als öffentliche Kritik und öffentliche Kontrollmöglichkeit?

Die Vorstellung, Vertraulichkeit garantiere Sachbezogenheit, ist ein Überbleibsel des Obrigkeitsstaates, der seinen Untertanen mißtraut. So kann auch heute noch derjenige strafrechtlich verfolgt werden, der die Vertraulichkeit verletzt.

Der Bericht aus den Ausschüssen in der Stadtverordnetenversammlung, ohne die Darstellung des Hergangs der Ausschlußberatungen ist ein Hintertürchen, durch das sich das demokratische Prinzip der Öffentlichkeit Eingang in die Gemeindeordnung verschafft.

In einer Demokratie aber sollte die Öffentlichkeit das Rathaus selbstbewußt durch das Hauptportal betreten.

Lippenbekenntnisse

Die Neuordnung des Kommunalverfassungsrechts in Schleswig-Holstein, die am Wahltag in Kraft tritt, hat die Öffentlichkeit der Kommunalpolitik nicht durchgesetzt.

Sie zeigt, daß die Bekenntnisse zu mehr „Bürgernähe“ bei der CDU-Mehrheit des Landtages nur Lippenbekenntnisse geblieben sind.

Es genügt bei weitem nicht, lediglich den Ausschluß der Öffentlichkeit zu erschweren und öffentliche Anhörungsverfahren der Ausschüsse zuzulassen. So etwas ist nur Kosmetik. Die Vertrauenskrise zwischen dem Bürger und den gewählten Vertretungen kann so nicht beseitigt werden.

Nötig ist die volle Öffentlichkeit kommunaler Gremien, wie das kommunalpolitische Grundsatzprogramm der SPD sie fordert. Der Ausschluß der Öffentlichkeit darf nur dort möglich sein, wo Persönlichkeitsrechte betroffen sind und andere Rechtsgüter ausnahmsweise Vertraulichkeit fordern.

Nur wenn die Vertraulichkeit zur Ausnahme gemacht wird, wird sie überhaupt glaubwürdig und durchsetzbar.

SPD in Bad Bevensen

Informationsbesuch der SPD-Fraktion in der Heidestadt

Bad Bramstedt/Bad Bevensen. Zu einem Informationsbesuch fuhr die erweiterte SPD Fraktion am 5. November nach Bad Bevensen. In der Heidestadt zwischen Lüneburg und Uelzen wollte man sich über das Angebot an Kureinrichtungen und die Probleme des Ortes unterrichten lassen.

Den Besuch hatte der SPD-Kommunalpolitiker und zukünftige Kreistagskandidat der SPD Reinhold Rath arrangiert. Reinhold Rath, Verwaltungsdirektor der Rheumaklinik, war zuvor schon gelegentlich in Bad Bevensen gewesen, um sich Anregungen einzuholen.

Die SPD-Fraktion wurde vom Kurdirektor der Stadt, Herrn Methe, begrüßt. Er erläuterte, daß Bad Bevensen zwar etwas abseits gelegen sei, man aber durch eine kontinuierliche Entwicklung der Stadt einen gewissen Ruf haben erwerben können.

Bad Bevensen sei durchaus mit Bad Bramstedt zu vergleichen. Allein schon von der Größe des Ortes her gesehen sei man sich ähnlich (Bad Bevensen hat ca. 9.500 Einwohner). Herr Methe gab dann einen Überblick über die Entwicklung der Stadt vom abseits gelegenen Heidestädtchen über die Anerkennung als Kneipp-Kurort im Jahre 1968 bis zum staatlich anerkannten Heilbad im Jahre 1975.

Bei einem anschließenden Rundgang erläuterte der Kurdirektor seinen Gästen die Kureinrichtungen. Sie seien unter erstrangiger Beachtung

wirtschaftlicher Gesichtspunkte großzügig und funktionell gestaltet worden.

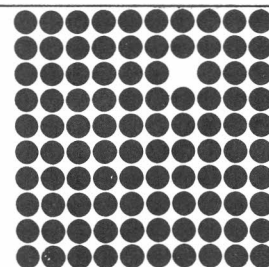
Als besondere Attraktion empfanden die Bramstedter das 400 qm große Schwimmbecken des Thermal-Jod-Sole-Freibades, das bei einer Wassertemperatur von 30 Grad ganzjährig geöffnet ist. Ebenso fand das Hallenbewegungsbad den Gefallen der Rolandstädter.

Zum Ende des Besuches dankte Gerhard Binzus Kurdirektor Methe für die Gastfreundschaft und die umfassenden Informationen. Binzus meinte, daß man einen Eindruck davon bekommen hätte, was man aus einer relativ kleinen Stadt machen könne, wenn man über kleinparteiliche Partei- und Gruppeninteressen hinweg zu Initiativen für das Gemeinwohl zusammenfinden könne.



v.l.n.r.: Kreistagskandidat Reinhold Rath, Kurdirektor Methe, SPD-Vorsitzender Gerhard Binzus

Ein
Platz
ist
frei
für Sie!



Leserbriefe



Impressum: „Rund um den Roland“ wird herausgegeben vom SPD-Gebietsverband Bad Bramstedt und Umgebung, herausgeber im Sinne des Pressegesetzes ist der jeweilige Gebietsverbandsvorsitzende, z.Zt. Karl Jacobi, 2357 Bimöhlen, verantw. Redakteur: Jan-Uwe Schadendorf, Bad Bramstedt. Erscheinungsweise: 4-5 mal jährlich. Auflage: z.Zt. 4.500, Druck: Roland-Werbung. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.